

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 153/2021
Kiel, Donnerstag, 20. Mai 2021

Bildung/ Schulsozialarbeit

Anita Klahn zu TOP 23 „Pakt für mehr Schulsozialarbeit“

In ihrer Rede zu TOP 23 (Pakt für mehr Schulsozialarbeit) erklärt die stellvertretende Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Anita Klahn:

„Durch fallende Infektionszahlen und fortschreitende Impfungen kommen wir langsam aber sicher in einen Bereich, wo wir allen Schülerinnen und Schülern wieder Präsenzunterricht in der Schule anbieten können. Das bedeutet aber leider nicht, dass wir nun einfach auf den Regelbetrieb zusteuern. Masken, Tests und Impfungen werden uns auch im Schulbetrieb leider noch weit in das nächste Schuljahr begleiten. Schülerinnen und Schüler werden auch weiterhin mit Hygieneregeln konfrontiert sein.

Daher ist es umso wichtiger, dass wir klären, wie wir den Folgen des letzten Jahres begegnen wollen, wie wir weitere Folgen vermeiden können. Auch wenn wir heute noch nicht genau wissen, welche konkreten Auswirkungen wir bei den Lernrückständen und Entwicklungsverzögerungen bei den Schülerinnen und Schülern am Ende der Pandemie wirklich festgestellt werden. Aber viele Untersuchungen deuten heute bereits darauf hin, dass wir es hier flächendeckend mit gravierenden Auswirkungen über alle Jahrgänge hinweg zu tun haben werden.

Insofern ist es natürlich begrüßenswert, wenn der Bund mit seinem ‚Aktionsprogramm Aufholen‘ zwei Milliarden Euro bereitstellt, damit in den Ländern unterstützende Maßnahmen ergriffen werden können. Ich sage aber vorweg: Mit einmalig 200 Euro pro Kind wird es nicht getan sein. Ich erwarte, dass der Bund hier seiner Verantwortung gerecht wird und mittelfristig weitere Mittel in Aussicht stellt.

Die sogenannte Lernmilliarde muss mit Landesmitteln kofinanziert werden, die Sozialmilliarde nur bedingt. Das wird ein finanzieller Kraftakt für Schleswig-Holstein werden. Aber wir können damit zusätzlich zu den bereits laufenden Maßnahmen wie dem Vertretungsfonds, dem Lernchancen.SH-Programm, zusätzlichen Planstellen und Fortbildungsangeboten für Lehr-

kräfte zum Aufbau von digital gestützten Unterrichtsangeboten nun eine Reihe von weiteren Maßnahmen im kommenden Schuljahr einführen. Wir wollen zügig einen Aufholprozess in Gang setzen, damit die Schülerinnen und Schüler die fachlichen Lücken schließen können und gleichzeitig bei sozial-emotionalen Belastungen wirksame Unterstützung erfahren. Die Maßnahmen müssen aus liberaler Sicht so konzipiert sein, dass individuelle Lösungen möglich sind, das Fördern und Fordern gleichermaßen im Fokus stehen.

Auch wenn wir grundsätzlich der Meinung sind, dass es Aufgabe der Schule mit ihren Lehrkräften ist, dafür Sorge zu tragen, dass jedes Kind sein Lernziel erreicht, so sehen und erkennen wir die Belastungsgrenzen der Lehrkräfte in der Pandemie. Weitere FSJ-Stellen tragen zu einem Teil zur Entlastung bei. Denn eines ist auch klar: Für jede weitere Lernstunde oder jedes Zusatzangebot, nicht nur in den Ferien, brauchen wir Fachkräfte, die schon ohne Corona und ohne Krise die Schulen vor große Probleme gestellt haben. Insofern ist es gut, wenn wir auch private Anbieter einbinden.

Nun fordert die SPD mit dem vorliegenden Antrag ja einen Pakt für die Schulsozialarbeit. Und ich will nicht verhehlen, dass ich durchaus Sympathie dafür habe. Aber bevor wir die Schulsozialarbeit ausweiten, müssen wir definieren, was wir von Schulsozialarbeit erwarten. Wir brauchen mittelfristig ein fachliches Profil, was Schulsozialarbeit leisten und was sie in Abgrenzung zu anderen Systemen nicht leisten soll. Erst dann können wir in einem zweiten Schritt über personelle, sachliche und räumliche Ressourcen entscheiden, um gute Schulsozialarbeit für unsere Schulen bereitzustellen.

Als Freie Demokratin bin ich der Meinung, dass es alle Beteiligten und Betroffenen verdient haben, unabhängig von Corona, dass wir die Schulsozialarbeit ein Stück weit professionalisieren und wertschätzen und damit auch Finanzierungsverantwortung klarer gestalten. Diese Ansprüche formulieren wir in unserem Alternativantrag und werden den SPD –Antrag daher ablehnen.“